

# Vossische



# Zeitung

15 Pfennig

Gründet: 1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint als Morgen- und Abendblatt zwölfmal wöchentlich. Für Postabonnenten sind beide Ausgaben vereint. Täglich: „Unterhaltungsblatt“, „Finanz- und Handelsblatt“. — Sonntag: Die illustrierte Beilage „Zeithilfer“ und „Literarisches Umschau“. — Mittwoch: „Reise und Wanderung“. — Donnerstag: „Recht und Leben“.

Wöchentlich 1 Mark, monatlich 4.50 Mark in Berlin und Orten mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise: mm-Zeile: 35 Pfennig. Familien-Anzeigen mm-Zeile 20 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in eine bestimmte Nummer.

Verlag: Ullstein. Chefredakteur: L. V. Julius Wolfzahn. Herausgeber: Ullstein & Co. Handelsschriftl. V. Karl-Wilhelm Philipp, Berlin. Für Rückh. unv. Manusk. ist Porto beizufügen.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernschreib-Zentrale Ullstein: Amt Dönhofs 41. 7930—3665, für den Fernverkehr: Amt Dönhofs 3666—3698. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postcheckkonto Berlin 660.

## Wie das nächste Mal gewählt werden soll:

# Es wird ernst mit der Reform

### 12 Ländergruppen, 32 Verbände, 162 Wahlkreise Nur drei Bewerber für einen Wahlkreis / Splittlerparteien haben keine Aussicht / Geltungsdauer 12 Jahre

Das Reichskabinett hat sich am Dienstag in zwei Sitzungen mit dem Entwurf einer neuen Reichswahlgesetzgebung beschäftigt. Dieser Entwurf enthält zunächst zwei Legislatur-Perioden, mitten in einem Wahlkampf, der auch in die Mitglieder der Regierung außerordentliche Anforderungen stellt, zeigt, daß es diesmal ernst ist.

Was man bisher über den Inhalt des Reformentwurfes erfahren hat, bestätigt diese Erwartung. Der federführende Reichsinnenminister beschäftigt auf jede Veränderung, die der geltenden Verfassung widersprechen würde und daher nur mit einer qualifizierten Mehrheit beschließen werden könnte. Der Entwurf hält sich im Rahmen des Artikels 22, der das maßgebende mit 20 Jahren festsetzt und die Verhältniswahl vorgeschreibt.

Aber innerhalb dieses Rahmens soll doch mehr erreicht werden als die Aufstellung der Verfassungen 35 in 12 Wahlkreise. Der Entwurf hat ein bestimmtes und auch ausgeprägtes politisches Ziel, das identisch ist mit der Bewegung, die dem jetzigen Wahlkampf das Gespräch gibt: der Tendenz zur Sammlung, zum Zusammenstoß, zur Ausschöpfung des Einflusses von Interessentengruppen. Durch die Formung des Reichswahlgesetzes soll erreicht werden, was der politische Instinkt der heutigen Wähler nicht vermochte: die Bildung weniger großer Parteien und die fast völlige Ausschaltung der Splittlerparteien; in der nächsten Folge eine Erleichterung der Koalitionen- und Mehrheitsbildung im Reichstag. Eine Regierungskoalition soll in Zukunft nicht mühsam und durch aufwendige Verhandlungen werden müssen wie ein Meistertüb. Auf der anderen Seite aber soll der Persönlichkeits, die nicht partiell- oder fraktionsgebunden ist, der Eingang ins Parlament ermöglicht werden. Das scheint ein Widerspruch in sich selbst zu sein, ist es aber nicht.

Wie will die Regierung die Reichswahlgesetzgebung durch die Reform des Wahlgesetzes die Reform der parlamentarischen Arbeit erreichen? Zunächst durch eine Verminderung der Abgeordnetenzahl. Ein Mandat soll nicht wie bisher auf 60 000, sondern erst auf 70 000 Stimmen entfallen. Kandidaturen werden, wie wirill. Es gibt keine amtlichen Stimmzettel mehr. Jeder ist frei, daß mehrere Mitglieder einer Partei — aber nicht mehr als drei — an einem gewissem Wahlgang teilnehmen. Mit den endlosen langen Personalverzeichnissen, die nach Stand und Beruf zusammengeordnet werden, soll ein Schluss gemacht werden. Das nicht mehr eine Liste, sondern ein Kandidat gewählt wird, entsteht auch für die Parteien der Zwang, etwas vorzulegen bei der Auswahl der Persönlichkeiten zu verfahren, die sie den Wählern empfehlen. Eine

ungläubige Gegenkandidatur gibt einem Außenstehenden, der im Wahlkreis was gilt, höchste Chancen.

Die Reichstimmen in einem Wahlkreis werden im Verband (es sind 32 Kreisverbände vorgesehen) so verordnet, daß sie jenem Kandidaten einer Bewerbergruppe zugute kommen, der die höchste Stimmenzahl erreicht hat.

Die dann noch verbleibenden Reichstimmen werden nach dem gleichen Grundsatze innerhalb der 12 Ländergruppen aufgeteilt. In den einzelnen Ländergruppen kann aber eine Partei nur (sozial Mandate zugewiesen erhalten, als sie in den Verbänden erreicht hat. Das gilt gegenseitig auch für die Reichsliste, die es nach dem neuen Reichsgesetz nicht mehr geben soll. Die Bewerbergruppenliste wurde von einer Partei überreicht und enthält auch Namen von Kandidaten, die in einem Wahlkreis gar nicht aufgestellt werden oder so unaufrichtig, daß die Gründung eines Wahlkreises gar nicht in Frage kam. Der Parteiführer hatte es so in der Hand, Persönlichkeiten, die ihm von Interessenten-Gruppen überbringt wurden, zu Reichstagsabgeordneten zu ernennen. Die Wähler hatten auf die Reichsliste die dem geringsten Einfluß, trotzdem soll ein Gesicht des Reichstages diese Reichslisten entlasten. Ein Kandidat wird kein Bewerber ein Mandat erhalten können, das nicht in einem Wahlkreis oder Verband eine beträchtliche Stimmenzahl auf sich vereinigt hat.

Die Splittlerparteien werden so gut wie ausgeschlossen. In einem Wahlkreis, der zwei oder sogar fünf Millionen Wähler umfaßt, konnten auch große Parteigebilde hoffen, 60 000 Stimmen zu ergattern. Dann gab es den Mandat aus dem Kreisverband noch eines aus der Reichsliste, wenn sich im ganzen Deutschen Reich noch mehr als 30 000 Stimmen zusammenfassen ließen. Im Kreisverband mit einer halben Million Wähler wird es schon erheblich schwieriger, nicht ausgeschlossen sein, 70 000 Stimmen aufzubringen, wenn der Außenstehende sich nicht durch den besonderen Rang seiner Persönlichkeit und seiner Leistung ungewöhnlich empfiehlt. Dazu kommt noch, daß die amtlichen Wahllochkartei fünfzigjährig nicht mehr unfeindliche Propaganda für die Splittlerparteien betreiben und daß der Staat ihnen auch nicht mehr durch den amtlichen Stimmzettel die Sorgen für einen erheblichen Teil der Wahlkosten abnehmen wird.

Das neue Wahlgesetz befristet seine Geltungsdauer selbst auf 12 Jahre. Das ist gut so. Der Reichstag wird dadurch gezwungen sein, nach dieser Frist das Wahlrecht erneut zu ändern, wenn es den Erfahrungen und den Erfordernissen der Zeit nicht mehr entsprechen sollte.

Nur so kann die Verzögerung gestoppt werden, ohne die es keinen weitgehenden Aufschwung geben kann.

## Erfolgreiche Verhandlungen im französischen Streit

Paris, 19. August | Ullstein-Nachrichtendienst

Die Hoffnung, daß der große verhandlungsfähige Streit durch die heute nachmittag abgehaltenen Verhandlungen zwischen dem Arbeitsminister Canal und den Arbeitgebern beendet werden würde, haben sich nicht erfüllt. Die Repräsentanten der Industriellen lehnten die Forderungen der Arbeiter ab, ohne sich auf einen Kompromiß einzulassen.

Wie verlautet, wird der Bürgermeister von Lille, Calengros, hierauf die Tage noch heute abend mit dem Arbeitsminister besprechen. Es wird immer klarer, daß die Industriellen mit dem natürlichen Zusammenbruch des Streits rechnen. Die Gewerkschaften, haben heute in Fourmies zehn Betriebe die Arbeit wieder aufgenommen.

## Raymond Poincaré

Von  
Dr. Leo Stahl,

Beichtescheiter der „Vossischen Zeitung“

Paris, im August

„In seiner lothringischen Heimat, in der befallenen Stille seines bei Campigny gelegenen Sommerhauses, feiert Raymond Poincaré am 20. August seinen 70. Geburtstag. Ein schweres Leiden, das einen operativen Eingriff notwendig machte, hat ihn vor wenig mehr als einem Jahr gezwungen, die Ministerpräsidentschaft niederzulegen und, für einige Zeit wenigstens, der aktiven politischen Betätigung zu entsagen. Die Genesung hat gut Fortschritte gemacht, und heute ist Poincaré wieder im Vollbesitz seiner Kraft.“

„Aube und Ausspannung hat dieser unermüdliche Arbeiter nie getannt. Was immer, wenn äußere Umstände ihn von der Regierung fernhielten, hat er auch jetzt wieder zu Feder gegriffen. Der auf dem Krankenlager begonnene 6. Band seines umfangreichen Memoirenwerkes liegt unmittelbar vor der Vervollendung, und daneben findet Poincaré noch die Zeit zu ausgiebiger publizistischer Betätigung. Es gibt kaum eine aktuelle Frage der inneren und äußeren Politik, zu der er nicht in glänzender, geistvoller, aber auch abendlicher differenzierenden, bald polemisch ausgeprägten Auffassung Stellung nimmt, und seine von der „Illustration“, dem „Figaro“ und einigen noch in Amerika erschienenen Blättern veröffentlichten Artikel finden größere Beachtung und haben meist ein stärkeres Echo als die offiziellen Reden der amtierenden Minister.“

Seine politische Karriere war ungewöhnlich glänzend. Schon mit 28 Jahren hat ihn seine Vaterstadt Bar-le-Duc ins Parlament gewählt; mit 33 Jahren war er bereits Minister. 1912 bildete er, nachdem er vorhergehenden Kabinetten bald als Finanz-, bald als Unterrichtsminister angeboten hatte, zum ersten Male ein eigenes Ministerium. Wenige Monate später zog er als Präsident der Republik ins Elisee ein. Nach Ablauf seiner siebenjährigen Amtszeit hat er nochmal wieder, von 1922—1924 und von 1926—1929, als Ministerpräsident an der Spitze der französischen Regierung gestanden. Seit seiner frühesten Jugend ist Poincaré fast ununterbrochen auf den höchsten Gipfeln der Macht gewandelt. Das Leben hat ihm mit Erfolgen und Ehren verwehrt überflüssig. Nur eines hat ihm das Schicksal verweigert: die Popularität. Die große Masse hat Poincaré nie geliebt. Sie liebt mit Dankbarkeit und Bewunderung zu ihm als dem Mann aus, der Frankreich Staatsstiftung in den Stunden der größten Gefahr mit harter Hand geleitet und über die Klippen schwerer innen- und außenpolitischer Krisen hinweg in den jüngeren Jahren geleitet, der als Staatsbankrott Frankreich zum Siege geführt und es ein weiteres Mal in dem trübsigen Jahr 1926 vor der Sinnfälligkeit der Instabilität gerettet hat. Die Sorgen des Volkes aber hat Poincaré sich nicht zu erheben vermocht. Er, dessen Sinnen und Trachten, dessen Denken und Fühlen stets nur seinen Lande gegolten hat, hat sich keineswegs lange vergeblich um die Gunst seiner Mitmenschen gekümmert, die anderen Politikern mit weit geringeren Verdiensten jetzt genossen ist.

Das ist die große Tragik in Poincarés seltsam zerstreutem Wesen. Er ist autoritär und selbstherrlich bis zum Übermaß geordnet, weil er da, wo er um freiwillige Gefolgschaft, um Sympathie und Liebe gewonnen hat, sich nur wiederholende Unterwerfung unter seinen überlegenen Willen, und im besten Falle Respekt und tiefe Bewunderung gefunden hat. Gewiss, er selbst hat weder der Waise, noch dem Parlament je gefehlt. Der eigentliche Grund seiner geringen Popularität aber liegt tiefer. Die Qualitäten und Tugenden, die Poincaré emporgetragen haben, sind typisch unfranzösisch. Sie sind dem eigenen Volkstadium weitgehend unbekannt. Man sieht sie in Frankreich, man bewundert sie, aber man liebt sie nicht. Grundüblichkeit, Strenge gegen sich selbst und andere, eine fast pedantische Gewissenhaftigkeit und nie erlahmendes Arbeitseifer, humanistische Hilfsbereitschaft und eine an kläffenden Beispielen gefüllte Gedächtnis- und Gedächtnis, mit einem Reichtum die Bewunderung der Qualitäten und Tugenden, die Poincaré Arbeitsjahr bis 10 Stunden, um 6 Uhr morgens ist er bereits am Schreibtisch. Er arbeitet ohne Sekunde. Jede Zeile, die er schreibt, ist mit eigener Hand zu Papier gebracht, die mit unheimlicher

## Westarp, Scholz, Drewhig

Gemeinsamer Wahlauftritt der Rechten

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, hat die Beziehungen mit Vertretern der Konserativen Volkspartei und der Wirtschaftspartei festgelegt. Sie sind zu einem gewissen Verständnis gelangt. Man erwartet, daß am Mittwoch oder Donnerstag eine Verabredung über einen gemeinsamen Wahlauftritt zustandkommen wird. Weiter folgt eine Art Fraktionsgemeinschaft für den kommenden Reichstag festgelegt werden.

Das Ziel dieser Aktion ist offenbar, der kommenden Entwidlung vorzuzugreifen und legt schon eine Mehrheitsbildung entgegenzuarbeiten, die den Sondergeleit der Herren Evertz und Westarp widerspricht. Derzeit hat immer wieder ausgesprochen, daß die Regierung nicht denen zuzustimmen dürfte, der Reichstag so lange aufzulösen, bis eine feste Mehrheit vorhanden sei.

Die Deutsche Staatspartei hat eine einseitige Bindung nach rechts abgelehnt und wird an ihrem graden Kurs in der Mitte festhalten. Der Ziel ist, das Parlament atmungslos zu machen.